

07.06.2011

**Leserbrief zum Artikel "Einträchtig aus der Krise kommen - SVZ vom 04.06.2011"**

Der FDP Stadtvertreter Enrico Reuter ist derzeit ratlos? Natürlich ist es richtig und wichtig, den Bürgern den Ernst der derzeitigen Situation - Fehlbetrag von 800 000,00 Euro im Haushalt der Stadt Hagenow zu erklären. Denkverbote darf es nicht geben! Die LINKE hat das ab 2010 durch die derzeitige Landesregierung neu gefasste Finanzausgleichsgesetz in Mecklenburg-Vorpommern als verpasste Chance bezeichnet und dem Gesetz in der derzeitigen Form im Land nicht zugestimmt. Wir fordern daher einen Dialog zwischen Land und Kommunen, der zu einer Aufgabengerechten Finanzausstattung vor Ort führen muss. Der jetzige Fehlbetrag ist solidarisch und sozial verträglich auszugleichen, damit es zu den im Artikel genannten radikalen, unsozialen Kürzungen nicht kommt. Unser Vorschlag ist, die seit 10 Jahren in Hagenow nicht erhöhten Hebesätze für die Grundsteuer A und B sowie die Gewerbesteuer um 30 Prozent anzuheben. Eine Erhöhung in diesem Umfang bedeutet z.B. für den Besitzer eines durchschnittlichen Einfamilienhauses eine Erhöhung der Grundsteuer von ca. 10 Euro im Jahr. Dieser Vorschlag belastet daher sozial verträglich die Bürger und Unternehmen. Eine Zustimmung wäre daher wünschenswert.

Karen Stramm

**Leserbrief wurde nicht veröffentlicht!**